Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 2.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 66. Montag den 6. Februar 1893. 87. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der Pferdemarkt im Stadtbezirke Leipzig-Entritzsch
wird
Montag, den 20. Februar 1893,
abgehalten.

Etwaige Gesuche und Anfragen sind an unseren Marktinspector Kretzschmar, Naschmarkt Nr. 1, III. Obergeschoß, zu richten.

Im Uebrigen bewendet es bei unserer Bekanntmachung vom 11. März vorigen Jahres, nach welcher der Antrieb von Wiederkäuern (Rindern, Schafen, Ziegen) und Schweinen bis auf Weiteres verboten ist.

Leipzig, am 2. Februar 1893.
IX. 1489. Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stahl.

Nutzholz-Auction.

Dienstag, den 7. Februar d. Js., sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage im **Rosenthale,** nicht am Zoologischen Garten,

32 Eichen-	Nutzklötze von	30—105 cm	Mittenst. u.	2— 8 m	Länge,
21 Buchen-	„	22— 59 „	„ „	2— 9 „	„
19 Birken-	„	22— 65 „	„ „	3—12 „	„
3 Linden-	„	25— 44 „	„ „	4— 8 „	„
7 Ahorn-	„	17— 28 „	„ „	4— 7 „	„
9 Eichen-	„	17— 60 „	„ „	4—12 „	„
3 Weißdornen-	„	24— 38 „	„ „	2— 5 „	„
3 Apfelbaum-	„	21— 28 „	„ „	2— 3 „	„
82 Pappeln-	„	17— 31 „	„ „	5—10 „	„
48 Erlen-	„	18— 50 „	„ „	5—12 „	„
5 Weiden-	„	22— 29 „	„ „	3— 7 „	„
1 Birken-Nutzklotz	„	18 „	„ „	8 „	„

und 5 Stück Schirrhölzer,

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: An der Leibnitzbrücke am Rosenthale.
Leipzig, am 30. Januar 1893.
Des Raths Forstdeputation.

Holzauction.

Donnerstag, den 9. Februar d. Js. sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage im Rosenthale, nicht am Zoologischen Garten,

90 starke Abraumhaufen und 40 starke Laughaufen

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen sofortige Bezahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: an der Leibnitzbrücke im Rosenthale.
Leipzig, am 30. Januar 1893.
Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Am 31. Januar 1893, Nachmittags 3 Uhr, hat sich der am 28. September 1826 in Leipzig geborene Kaufmann Friedrich August Winkel aus seiner, Kaiser Wilhelmstraße Nr. 10 hier gelegenen Wohnung entfernt. Seitdem fehlt jede Spur von ihm.

Seine Angehörigen vermuthen, daß er sich selbst ein Leid angethan habe.

Der Vermißte ist ca. 1,70 m groß, von mittlerer Gestalt, hat gemeliertes, gelocktes Haar und gleichen Vollbart, runden Kopf, blaue Augen, eingefallene Gesichtsfarbe. Am und hinter dem rechten Ohre hat derselbe leichten Schorf.

Bekleidet gewesen ist er bei seinem Weggange mit fast schwarzem, glattem Winterüberzieher mit schwarzem Sammetkragen, blauem Tricotjacke, braungestreifter Kammgarnhose, weißer, baumwollener Unterjacke und ebensolchen Unterhosen, weißleinenem Umlegekragen und P. G. gezeichneten, weißleinenen Oberhemd, wollenen Socken, dunkelblauer Cravatte mit grauen Punkten, schwarzem, steifem Filzhut und kalbledernen Stiefeletten.

Ferner hat er eine flache silberne Cylinderuhr mit Schildkrötaufzug nebst goldener Panzerkette getragen.

Wahrnehmungen über den Verbleib des Vermißten bitten wir ungesäumt zur Kenntniß unserer Criminalabtheilung zu bringen.

Seitens der Angehörigen des Vermißten wird demjenigen, welcher denselben ermittelt, eine
Belohnung von Einhundert Mark
zugesichert.

Leipzig, den 3. Februar 1893.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
VII. 370. Bretschneider. R.

Städtische Fortbildungsschule für Mädchen.

Anmeldungen neuer Schülerinnen für nächste Ostern nimmt der Unterzeichnete **Donnerstag und Freitag, den 9. und 10. Februar,** Vormittags von 10—12 und Nachmittags von 2—4 Uhr in der I. Höheren Bürgerschule für Knaben entgegen.

Leipzig, den 5. Februar 1893. Dir. C. Reimer.

Politische Tagesschau.

* **Leipzig,** 5. Februar.

Im Etat für die Marine hat die Budgetcommission des Reichstags, deren Bericht hierüber soeben erschienen ist, sehr bedeutende Abstriche vorgenommen, die voraussichtlich vom Plenum werden bestätigt werden. Dieselben betreffen vorzugsweise die einmaligen Ausgaben. Es sind dabei die ersten Raten für ein Panzerschiff, für zwei Panzerfahrzeuge, für eine Kreuzercorvette, für einen Kreuzer, für einen Avisoo nebst der zu diesen Schiffen gehörigen Armirung oder fast die ganzen Forderungen für Neubauten von Schiffen abgesetzt worden. Es ist darin kein Uebelwollen gegen unsere Marine und deren kräftige Fortentwickelung zu erblicken. Aber einmal nöthigen die großen neuen Ansprüche für das Landheer zu möglichster Einschränkung unserer Aufwendungen zur See, und sodann ist gegenwärtig die Technik für Schiffsbauten in einem so gewaltigen unaufhörlichen Umschwung und Fortschritt begriffen, daß ein langsameres Tempo im Bauen angezeigt erscheint, um nicht, wie es jetzt der Fall ist, zu erleben, daß Schiffe, die noch gar nicht einmal fertig, bereits veraltet und überholt sind und mit großen Kosten, so gut es geht, noch nachträglich theilweise auf den neuesten Stand der Panzerung und Ausrüstung gebracht werden müssen. Auch haben früher bewilligte Credite für Schiffsbauzwecke noch gar nicht aufgearbeitet werden können, so daß die gewichtigsten Gründe vorliegen, mit Neubauten jetzt nicht allzu hastig vorzugehen. Die Marine hat immer die Neigung des deutschen Volks und Reichstags besessen; es ist daher keine Gefahr, daß sie ernstlich vernachlässigt werden könnte. Aber die Leistungsfähigkeit, die jetzt auf anderer Seite so stark in Anspruch genommen wird, hat ihre Grenzen, die ohne Schaden nicht überschritten werden dürfen.

Gestern ist in Wien vom Grafen Taaffe den drei großen parlamentarischen Parteien, der Fraction der vereinigten deutschen Linken, dem Hohenwartclub und der Fraction der Polen, das behufs Herstellung einer festen **Mehrheit im österreichischen Abgeordnetenhaus** ausgearbeitete **Regierungsprogramm** vorgelegt worden. Nach einer telegraphischen Meldung spricht sich die „Neue Freie Presse" über dieses Programm skeptisch aus und sagt vorher, daß eine Parteicoalition und eine organisirte Majorität aus derselben nicht hervorgehen wird. Die Führer der Linken werden dem Club eine Resolution über das Programm vorschlagen, die gegen einzelne Puncte desselben starke Vorbehalte macht. — Das Regierungsprogramm knüpft an den Appell an, welcher in der Thronrede vom Jahre 1891 an alle Diejenigen gerichtet wird, deren Ueberzeugung es sei, daß die Sorge für die höchsten Interessen der Gesammtheit durch Parteibestrebungen niemals beirrt werden dürfe. Dazu sei erforderlich, daß die zur Folgeleistung entschlossenen Parteien zur **Sicherung der parlamentarischen Thätigkeit in Coalition treten.** Damit die nach Auffassung der Regierung in Betracht kommenden Factoren sich über ihren Beitritt unter voller Kenntniß der Absichten der Regierung entscheiden, wolle die Regierung unter Hinweis auf die Erklärung in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. December 1892 die leitenden Grundsätze klar aussprechen. So wie die Regierung jederzeit bereit sei, **im Sinne der von den Delegationen gebilligten auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns,** die Machtstellung des Reiches mit allen Mitteln zu wahren und zu kräftigen, somit auch für die **Entwickelung der Wehrkraft** voll einzustehen, so hält sie auch rückhaltlos fest an dem gegenwärtigen Verhältnisse zu Ungarn, wodurch die Organisation der Monarchie einen dauernden Abschluß gefunden habe. Die Regierung stehe unverrückbar auf dem Boden der bestehenden Verfassung und werde Aenderungen ihrer Grundprincipien nicht zustimmen. — Es heißt sodann in dem Programm weiter:

Auf dieser Basis erbrieht der Einklang mit dem österreichischen Staatsgedanken die Wahrung der gesetzlichen Autonomie der Königreiche und Länder, sowie des nationalen Besitzstandes der einzelnen Volksstämme und die Verhinderung jedes Uebergreifens. Als geeignetes Mittel zur Förderung des nationalen Friedens anerkennt die Regierung die gesetzliche Regelung des öffentlichen Sprachgebrauchs unter voller Berücksichtigung der der deutschen Sprache als allgemeine Verständigungsmittel, auch für Verwaltungszwecke zukommenden Bedeutung. Die Regierung wird in dieser Beziehung ein Einvernehmen mit den betheiligten Parteien anstreben, eine daraus hervorgehende legislative Action unterstützen und unter dem zudeckenden Vorbehalte ihrer Competenz Veränderungen des nationalen Besitzstandes innerhalb ihres administrativen Wirkungskreises thunlichst hintanhalten. Da das Staatsleben auch ein friedliches Verhältniß der verschiedenen Confessionen und Gesellschaftsklassen der Staatsbürger erheischt, wird die Regierung die religiösen Ueberzeugungen achtend und schützend, Verletzungen jeder Art entgegentreten. Die Regierung erachtet die Zurückstellung der kirchenpolitischen Fragen, sowie grundsätzlicher Aenderungen des Reichsvolksschulgesetzes im Interesse eines ruhigen Zusammenwirkens für erforderlich und wird bei Anwendung des Schulgesetzes den religiösen Gefühlen der Bevölkerung innerhalb der Gesetze Rechnung tragen. Hinsichtlich des religiösen Gefühles erkennt die Regierung an, daß lediglich die Gutachten der betreffenden Kirchenbehörden maßgebend sind und wird deren Wünschen thunlichst entgegenkommen. Das Programm gedenkt weiter des Nachdruckes, welchen die Thronrede auf die Aufgaben des wirthschaftlichen Lebens legte, stellt hierzu Gesetzesvorlagen in Aussicht und betont die verantwortungsvolle Sorge für die Festigung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt, die Durchführung der Regelung des Geldwesens, für eine gerechte Steuervertheilung, eine angemessene Förderung der Production und des Verkehrs, für die Erhaltung und den Schutz der wirthschaftlichen Mittelstände, den Ausgleich der sozialen Gegensätze, die Hebung der schwächeren Gesellschaftsclassen, die Bekämpfung der Ausschreitungen, des Eigennutzes und endlich für die Fortbildung des Civilrechtes und des Strafrechtes. Da keine der vorhandenen Parteien allein die erforderliche Unterstützung zur Durchführung des Programmes gewähren kann — so schließt das Programm — erwarte die Regierung, daß die staatserhaltenden gemäßigten Parteien und Abgeordneten in eine diesen Anschauungen beipflichtende Coalition treten, welche ein Organ auf ihrer Mitte mit der Aufgabe zu betrauen hat, die Verbindung mit der Regierung stündig aufrecht zu erhalten und die gemeinsamen parlamentarischen und politischen Angelegenheiten zu ordnen.

Der Telegraph hat nur in sehr beschränktem Maße über die **Adreßdebatte im englischen Parlament** berichtet. Wir glauben deshalb, die kurzen telegraphischen Berichte etwas ergänzen zu sollen. Im Oberhause war die Fortsetzung der Debatte hauptsächlich durch die Rede des Marquis von Londonderry über die Lage der protestantischen Provinz Ulster beachtenswerth, während im Unterhause die Reden Chamberlain's, des Obersten Saunderson und des irischen Obersecretairs John Morley der Debatte ein charakteristisches Gepräge gaben. Der Marquis von Londonderry nannte die Art, wie bisher die Homerule-Bill geheim gehalten und eine der eingreifendsten Maßnahmen der nothwendigen öffentlichen Discussion vorenthalten worden, beispiellos in der englischen Geschichte, und gab dann Namens des protestantischen Ulster, wie vordem Lord Salisbury, die Erklärung ab, dieses würde es im Widerstande gegen die beabsichtigte Einführung der Selbstregierung bis zum Blutvergießen kommen lassen. Nicht sowohl durch die Neuheit seiner Argumente, als vielmehr durch die Heftigkeit seiner Rede und das Gewicht seiner Stimmentfaltung brachte Oberst Saunderson die irischen Nationalisten in lebhafte Erregung. Als er gar den Pater M'Fadden einen „mordsüchtigen Raufbold" nannte, entstand unter den reitbaren Iren ein solcher Lärm, daß selbst der lungenstarke Oberst nicht weiter reden konnte, bis sich Gladstone ins Mittel legte und im Interesse des Ansehens des Hauses die Iren um Geduld, den Obersten um Mäßigung bat. Der Letztere richtete im Allgemeinen seine Waffen gegen die **Priesterherrschaft,** welche Gladstone in Irland zu errichten wünsche, — der unionistische Kriegsruf, seitdem die Beeinflussung der Wähler durch die Priester bei South Meath gerichtlich festgestellt worden. Chamberlain hat um Auskunft über die Lage in Egypten und die Absicht der Regierung in Bezug auf Uganda; bezüglich Irlands, ob die Supremacie des kaiserlichen Parlaments gewahrt bleiben werde. Mr. Morley verwies dem Fragesteller seine Sprechweise in Bezug auf Egypten, weil sie nur dazu dienen könne, die bestehenden Schwierigkeiten zu vermehren (Chamberlain hatte den Khedive eitel oder fanatisch genannt), verschob bis zur Einbringung von Labouchere's Amendement Mittheilungen über Uganda, und führte zur Rechtfertigung der irischen Politik der Regierung die Thatsachen an, daß die Renten williger eingezahlt würden, daß die Beziehungen zwischen Polizei und Volk sich gebessert hätten, daß die Verbrecherstatistik eine Abnahme aufweise und sonst die Aufhebung der Verbrechenacte keine üblen Folgen gehabt habe. — Im Anschluß an die Debatte über Irland citirt die „Morning Post" richterliche Urtheile, welche über die Weigerung Morley's, den mit der Vertheidigung der Pächter aus ihrem Besitz betrauten Beamten der Sheriffs polizeilichen Schutz auch nach Dunkelwerden zukommen zu lassen, gefällt worden sind. So sagte der Oberrichter O'Brien, als er das einmüthige Urtheil des Court of Queen's Bench in Irland verkündigte: „Das Circular vom 7. December ist meiner Meinung nach verfassungs- und gesetzwidrig, da es dem Sheriff das gesetzlich zuerkannte Recht und die discretionaire Amtsgewalt entzieht, und darauf berechnet, die Urtheilsvollstreckung des Gerichtshofes zu hemmen." Der Lord-Oberrichter sprach sich noch entschiedener aus: „Der Beamte, welcher den Inspector Waters anwies, der Bitte des Sheriffs um Schutz nicht zu willfahren, mag er Unter- oder Oberseretair sein, hat sich eines criminellen Vergehens strafbar gemacht und kann von diesem Gerichtshof zur Verantwortung gezogen werden." — Die Iren in Amerika sind in der Beurtheilung von Gladstone's Home-Rule-Vorlage uneinig. Die irische National-Föderation in New-York hat sich sehr abfällig über die Beurtheilung des Entwurfs durch die irische National-Liga ausgesprochen und erklärt, letztere bestehe aus vier oder fünf Leuten und habe längst jede Bedeutung verloren.

Von dem Winteraufenthalt zurückkehrend, den er zum Besuche seiner Verwandten unternommen hat, unterbrach der Fürst Ferdinand von Bulgarien die Fahrt in Wien und am Freitag ist er vom Kaiser Franz Joseph in Audienz empfangen worden. Die politische Conjectur wird Schwierigkeiten haben, sich dieser Audienz zu bemächtigen, denn es liegt kein Anlaß vor, dieselbe anders als in dem Lichte des natürlichen Wohlwollens zu betrachten, dessen sich Bulgarien erfreut und das auf seinen Fürsten übertragen wird. Die Politik Oesterreich-Ungarns, soweit sie mit der Entwickelung und Gestaltung der Verhältnisse auf der Balkan-Halbinsel im Zusammenhange steht, birgt kein Geheimniß in sich, ihre Richtschnur ist die Begünstigung der unabhängigen nationalen Entfaltung der Balkanvölker, und diesem Programme entspricht die wackere Haltung des bulgarischen Volkes wie der bulgarischen Regierung in so unstadelhafter Weise, daß es gegenstandslos wäre, eine Audienz des Fürsten Ferdinand bei dem Kaiser Franz Joseph mit tiefsinnigen Commentaren zu versehen. Oesterreich-Ungarn, so schreibt die „N. Fr. Pr.", hat niemals einen privilegirten Einfluß in Bulgarien erstrebt oder beansprucht, und deshalb sind ihm Enttäuschungen erspart geblieben, wie Rußland sie in ununterbrochener Folge erfahren hat. Mit dem ganzen Apparat von geheimen Agentschaften, Completten und Putschen, den eben jetzt die Publicationen eines ehemaligen russischen Dragemans enthüllen, hat Rußland nur zwange gebracht, daß das bulgarische Volk sich ihm immer mehr entfremdete, während das unregelmäßige Wohlwollen Oesterreich-Ungarns den erstaunlichen politischen und wirthschaftlichen Fortschritten Bulgariens naturgemäß zu statten kam. Daß Fürst Ferdinand an diesen Fortschritten ein erhebliches Verdienst hat, wird im Ernste auch heut nicht bestritten, wo man ihn Rußland zuliebe noch immer als illegitimen Fürsten betrachtet; deshalb kann davon nicht die Rede sein, daß seine Audienz bei dem Kaiser Franz Joseph eine wohin immer gekehrte politische Spitze habe. Man hat auch in Rußland aufgehört, in dem Wohlwollen gegen Bulgarien einen Beweis der Feindseligkeit gegen Rußland zu erblicken, und zu verlangen, daß Oesterreich-Ungarn, England oder Italien ihre eigenen Interessen im Orient verleugnen, um die russischen zu fördern.

Deutsches Reich.

□ **Berlin,** 5. Februar. Herr Bebel hat in seiner Rede, die er am Freitag im Reichstag gehalten, sich gründlich über seinen **Zukunftsstaat** ausgeschwiegen, und zwar jedenfalls aus dem Grunde, weil, wenn er ihn so geschildert haben würde, wie er ihn erstrebt, selbst Tausende von Socialisten von diesem Zwangsstaat nichts würden wissen wollen. Die unabhängigen Socialisten waren und sind noch Socialdemokraten, ebenso die meisten Anarchisten. Warum kehrten sie trotzdem der socialdemokratischen Partei den Rücken? Weil die Führer derselben nur Opfer von ihnen forderten, für die sie keine Gegenleistung erhielten; weil ferner die Führer das Recht der freien Kritik nicht dulten und keine Gerechtigkeit üben. Allerdings verlangt das Programm der socialdemokratischen Partei „die Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Versammlungsrecht unterdrücken. In der That aber sind die Socialdemokraten schon heute die schroffsten Gegner jeglicher freien Meinungsäußerung; wie viele Versammlungen der Gegner haben sie schon planmäßig gestört und gesprengt, und wie selten haben sie in ihren eigenen Versammlungen die Redefreiheit eines Gegners respectirt! In den jüngsten Communal-Wählerversammlungen erschienen sie sogar mit Stöcken, Ochsenziemern und Gummischläuchen, um den unabhängigen Socialisten jede abweichende Meinung gründlich auszutreiben. Das waren auch „geistige Waffen" der Socialdemokraten. Selbst das **Reichstagswahlrecht** der Socialdemokraten ist schon längst kein freies mehr. Die meisten Candidaturen bestimmt die Fraction und wer dieser nicht genehm ist, wird zur Candidatur in keinem Falle zugelassen. Die socialdemokratischen Genossenschaftsgründungen sind nicht, wie Bebel behauptete, privater Natur, denn sie werden von der gesammten socialdemokratischen Presse, den Vertrauensleuten, den politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen protegirt und die „Genossen" fast gezwungen, Genossenschaftsproducte zu kaufen, selbst wenn sie, was meistens der Fall, theurer resp. minderwerthiger sind. In den ersten Jahren des Bestehens der Genossenschafts-Hutmacherei durfte es kein Socialdemokrat wagen, mit einem Hute ohne Controlmarke ein Parteilocal zu betreten oder eine Versammlung zu besuchen. Bebel gab allerdings zu, daß Genossenschaften von ihnen gut geheißen würden, wenn sie den Stock verfolgten, gemaßregelten Arbeitern zu helfen. Ja, das ist das Aushängeschild, das Lockmittel, mit dem jede socialdemokratische Genossenschaft ihre Waaren anpreist. Das ist auch bei der Genossenschafts-Bäckerei der Fall, die aber nicht demgemäß handelt, obgleich der Stadtverordnete Zubeil und andere Agitatoren Mitglieder derselben, und zwar sehr rührige Mitglieder sind.

S. C. **Berlin,** 4. Februar. Wir sind gewohnt, bei dem Wort Stipendium an einen mehr oder minder bedürftigen Studenten oder Kunstakademiker u. dergl. zu denken, und thatsächlich ist die Menge der für diese Zwecke vorhandenen Stipendien sehr groß und vermehrt sich trotz der Ueberfüllung des Studiums noch stündig. Wir möchten daher denjenigen, die auf dem Wege des Stipendiums den Angehörigen ihrer Familie, ihrer Stadt, ihres Landes eine ehrenvolle Laufbahn zu sichern wünschen, Stipendien vorschlagen, die ebenso nützlich und vielfach nothwendiger sind. Unsere Industrie sowohl wie unser Handwerk bedarf dringend sorgfältig geschulter Kräfte für Stellungen, wie Werkmeister, Bearbeiter, Musterzeichner, Kunsthandwerker u. s. w. Wer jetzt als solcher etwas Tüchtiges lernen will, muß meist ziemlich lange Zeit eine höhere Fachschule oder eine Kunstgewerbeschule besuchen. Das erfordert Geld. Gerade jene Kreise aber, die auf diese Institute in erster Linie reflectiren, sind im Allgemeinen wenig bemittelt. So kann es leicht kommen, daß gerade die größten gewerblichen Talente aus Mangel an Mitteln verkommen, während sie bei richtiger Ausbildung für ihr heimisches Gewerbe, für ihre Mitmenschen, für ihr Vaterland zum größten Segen geworden wären. Es empfiehlt sich daher, den Strom von Stiftungen und Geschenken, der jetzt vorzugsweise auf die Hochschulen gerichtet ist, auf die mittleren und niederen gewerblichen Schulen zu lenken, die meist erst in den letzten Jahren und Jahrzehnten entstanden sind. Von welcher Wichtigkeit solche Einrichtungen der Industrie sind, mag man daraus entnehmen, daß z. B. etwa 70 rheinisch-westfälische Werke der Hüttenschule zu Bochum (jetzt in Duisburg), die tüchtige Werkmeister für Eisenhütten und Maschinenfabriken ausbilden soll, mehr als 8300 ℳ jährlich zu Stipendien gewähren. Ebenso enthält auch der preußische Etat regelmäßig einen Fonds von 35 000 ℳ „zur Ausbildung von Kunst- und anderen Handwerkern". Möchten diese Beispiele zur Nacheiferung anspornen!

— Der Kaiser traf im besten Wohlsein aus Rauden hier ein. Während der gestrigen Morgenstunden arbeitete der Kaiser zunächst längere Zeit allein und erledigte Regierungsangelegenheiten. Am Vormittage um 11 Uhr empfing der Kaiser zum Vortrage den Chef des Generalstabes Grafen v. Schlieffen II. sowie daran anschließend den General v. Hahnke. Später nahm der Kaiser alsdann noch eine Reihe militairischer Meldungen entgegen.

— Der Kaiser verlieh während seiner Anwesenheit auf Schloß Rauden dem Herzoge von Ratibor den Kronenorden erster Classe.

— Der Großherzog von Oldenburg verlieh dem Reichskanzler Grafen Caprivi das Ehrengroßkreuz mit der goldenen Krone und den Schwertern am Ringe.

— Der Nachfolger des Herzogs von Ratibor als Präsident des Herrenhauses wird, wie wir hören, aller Voraussicht nach der Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode sein, der frühere Botschafter des Reichs in Wien, dann Vicepräsident des preußischen Staatsministeriums und Stellvertreter des Reichskanzlers. Dem parlamentarischen Leben ist er nicht fremd. Er gehörte in früheren Jahren wiederholt dem Reichstage als Mitglied der Reichspartei an, sodann als erbliches Mitglied dem Herrenhause, wo er in den Jahren 1872—1876 bereits als Präsident waltete.

— Der commandirende General Freiherr von Loë traf gestern in Berlin ein und ist im Monopol-Hotel abgestiegen.

— Die „Kreuz-Ztg." schreibt:

„Die „Münch. Allg. Ztg." erhält aus Berlin folgendes Telegramm: „„Dem Vernehmen nach hätte der Großfürst-Thronfolger die Versicherung hierher überbracht, daß ein Bündniß zwischen Rußland und Frankreich nicht bestehe."" — Wir sind in der Lage, diese Nachricht als richtig zu bestätigen."

— Die „Post" vernimmt von einer „nicht parlamentarischen Seite", daß in parlamentarischen Kreisen „mehrfach vermuthet" wird, „Herr von Bennigsen werde nach seiner vollständigen Wiederherstellung Gemeinheit zeigen, dem Regierungsstandpunct sich noch mehr zu nähern, als er das bisher gethan hat". Da das genannte Blatt zu dieser, wie man sieht, gänzlich unverbürgten Mittheilung selbst bemerkt: „Inwieweit diese Vermuthung durch die Entwickelung der Dinge bestätigt wird, dürfte sich bald zeigen —" haben wir nicht nöthig, unsererseits etwas hinzuzufügen.

— Von den Flugschriften der nationalliberalen Partei ist das zwölfte Heft: Ueber den Bimetallismus erschienen. Es enthält die Rede des Abg. Büsing in der Reichstagssitzung vom 12. December 1892, eine vortreffliche klare Beleuchtung dieses vielerörterten Gegenstandes. Die Flugschriften sind durch das Centralbureau der nationalliberalen Partei (Berlin W., Köthener Straße 46) zu beziehen.

— Bei der Anregung wegen einer Sanitätsconferenz soll nach den „Hamb. Nach." besonders auch die Frage ins Auge gefaßt sein, wie weit bei dem Wiederausbruch der Cholera ein Uebermaß der Absperrungen und die daraus bei früheren Maßregeln erwachsene Hemmung des Verkehrs wirksam vermieden werden könne, ohne die nachdrückliche Bekämpfung der Seuche dadurch zu beeinträchtigen.

SLUB
Wir führen Wissen.